

Anfrage der AfD-Fraktion

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Rat der Stadt	31.03.2022	Beantwortung der Anfrage

Betreff

Problematik der EU-Freizügigkeit und Bewohner in sog. „Problemimmobilien,,

Inhalt

Weil „Gefahr in Verzug“ war, mussten Häuser in der Gravelottestraße innerhalb von 4 Stunden nach einem Taskforce-Einsatz geräumt werden. Dabei wird von der Stadt im Vorfeld zur Vermeidung von Härten alles getan. Fast immer sind Bulgaren oder Rumänen betroffen. Minderjährige sind manchmal nicht in der Kita oder Schule angemeldet. Es drängt sich der nicht unbegründete Verdacht einer regen Clankriminalität auf. Langjährige Hochfelder Nachbarn zeigen sich in der Regel bis auf Ausnahmen erleichtert durch die Räumung. Umgebung und die Häuser selbst verwahrlosen in kürzester Zeit. Hier ist ein Problem, dem seitens der Stadt u.a. seit diesem Jahr mit einer neu geschaffenen Stabsstelle für Sozialleistungsbezug begegnet wird.

Die AfD-Fraktion bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Inwiefern ist die Stabsstelle für Sozialleistungsbezug bereits aktiv und arbeitsfähig, wie ist hier der Stand der Dinge?
1. Was passiert mit wieder eingereisten Unionsbürgern, die die EU-Freizügigkeit verloren haben im Fachverfahren der Ausländerbehörde?
2. Wie viele der 703 Unionsbürger, darunter mehr als 600 aus Mittel- und Südosteuropa, die 2015-2020 ihr Recht auf Einreise und Aufenthalt nach §5 Abs. 4 FreizügG/EU oder die 19 Unionsbürger mit Scheinehe, die ihr Aufenthaltsrecht nach §2 Abs. 7 FreizügG/EU verloren haben, sind erneut eingereist und dem Ausländeramt bekannt?
3. Wie werden diese Fälle gehandhabt und erhalten sie erneut Sozialleistungen?
4. Kann ein Vereinsheim als Meldeadresse für Betroffene Zwangsgeräumte dienen, während in Baerl ein Übergangwohnheim nicht angenommen wird?
5. Welche Gefahren und Probleme sind ggf. mit einer Meldeadresse in einem Vereinsheim verbunden?